

# Gemeinde Wartmannsroth



## NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

### Sitzung des Gemeinderats

vom 19. Mai 2022  
im Sitzungssaal

#### **Vorsitz:**

Erster Bürgermeister Florian Atzmüller

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um 19:05 Uhr für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

#### **Gremiumsmitglieder:**

Markus Koberstein  
Roland Brönner  
Christina Dollinger  
Andreas Hänelt  
Michael Häusler  
Uwe Kaiser  
Jochen Koberstein  
Dominik Müller  
Matthias Schmidt  
Clarissa Schneider  
Stefan Selbert  
Andreas Ullrich  
Gabriel Vogt

#### **Bemerkung:**

#### **Entschuldigt sind**

Tobias Bold

#### **Von der Verwaltung anwesend:**

Daniel Görke

## Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 05.05.2022
2. Weitere Vorgehensweise beim Ausbau von Freiflächenfotovoltaikanlagen in der Gemeinde Wartmannsroth
3. Förderprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel, Beschluss zur Anpassung des Projektumfangs und zur Bereitstellung der Eigenmittel beim Projekt "Innovatives Regenwassermanagement - 100 Klimabäume für Dittlofsroda und Schwärzelbach"
4. Neufassung des Beschlusses des Gemeinderates vom 25.03.2014 zur Finanzierung einer Begleitperson von Feuerwehrdienstleistenden bei einem Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim in Bayerisch Gmain
5. Änderung der Ehrenordnung der Gemeinde Wartmannsroth
6. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters
7. Verschiedenes

### **1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 05.05.2022**

---

**Sachverhalt:**

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben. Innerhalb der Vier-Tagesfrist kamen keine Einwände der Gemeinderatsmitglieder, sodass das Protokoll bereits veröffentlicht wurde.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 05.05.2022 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

**Abstimmungsergebnis:** 14 : 0

### **2. Weitere Vorgehensweise beim Ausbau von Freiflächenfotovoltaikanlagen in der Gemeinde Wartmannsroth**

---

**Sachverhalt:**

In der Gemeinderatssitzung am 21.04.2022 hatte sich der Gemeinderat intensiv mit dem Thema „Freiflächenfotovoltaikanlagen in der Gemeinde Wartmannsroth“ auseinandergesetzt. Zwei Fachreferenten informierten umfassend zu dem Thema. Es zeigte sich, dass es aktuell viele neue Ideen zu dem Thema gibt und man vielerorts Projekte und Kooperationen entwickelt, mit dem Ziel die maximale Wertschöpfung vor Ort zu belassen. Es sollten die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger von einer solchen Anlage profitieren, in deren Gebiet er errichtet wird. Außerdem sollten Gemeinden Kriterien für die Zustimmung zu einem Bauleitplanverfahren festlegen.

Die Gemeinde hat bereits ihr Interesse zum Beitritt zu einem sog. Klimaschutznetzwerk erklärt. Innerhalb dieses Netzwerks könne man sich professioneller aufstellen, um solche Projekte zu realisieren. Allerdings so betonten die Experten sei eine umfangreiche Vorarbeit durch den Gemeinderat vor Ort zu leisten. Die Abstimmung mit Bürgern, Bauernverband, Jagdgenossenschaften und dgl. sei unerlässlich, um gemeinsam geeignete Flächen zu definieren und gemeinsam ein solches Projekt umzusetzen.

Da die Gemeinde nun fast wöchentlich Anfragen von Investoren erreichen, wäre es sinnvoll, dass der Gemeinderat zunächst ein sog. Moratorium beschließt, d.h. einen Grundsatzbeschluss fasst, dass vorerst keine weiteren Anträge genehmigt werden, bevor der Gemeinderat sich nochmals grundsätzlich beraten und mit allen Beteiligten abgestimmt hat.

**Diskussionsverlauf:**

Bürgermeister Atzmüller berichtet von einer Informationsveranstaltung zum Thema Freiflächenfotovoltaik, an der er in dieser Woche teilgenommen hat. Dort wurde erläutert, auf welchen Ebenen und in welchem Umfang der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden soll. Dabei spielten jedoch nicht nur Windräder und Fotovoltaikparks eine Rolle, sondern auch der Ausbau von Fotovoltaikanlagen auf Dächern soll massiv vorangetrieben werden. Jedoch sei dies sehr stark abhängig vom gleichzeitig zu realisierenden Netzausbau. Hier müsse jedem bewusst sein, dass der notwendige Netzausbau, über das Netzentgelt, von den Kunden zu finanzieren sei.

Dem Gemeinderat stand der Beschlussvorschlag vorab zur Verfügung. Hierzu gibt es keinen weiteren Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt, dass vorerst keine weiteren Freiflächenfotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet zugelassen werden. Entsprechende Anträge auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens sind von der Verwaltung zurückzuweisen.

Es wird angestrebt die Gemeinde Wartmannsroth in ein Klimaschutznetzwerk zu integrieren. Ziel soll es dabei sein, dass die Gemeinde geeignete Flächen definiert, die Installation von Freiflächenfotovoltaikanlagen aktiv selbst steuert, und innerhalb des Netzwerks, im Rahmen von Genossenschaften oder zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort selbst an den Anlagen beteiligt ist und davon, zum Wohle der Allgemeinheit, profitiert.

Hierzu strebt der Gemeinderat an, die Kriterien des Grundsatzbeschlusses vom 10.12.2020 (TOP Nr. 5) baldmöglichst nach zu schärfen und weiter zu konkretisieren, um den Ausbau von erneuerbaren Energien allgemeinverträglich auch weiterhin zu ermöglichen.

**Abstimmungsergebnis:** 14 : 0

**3. Förderprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel, Beschluss zur Anpassung des Projektumfangs und zur Bereitstellung der Eigenmittel beim Projekt "Innovatives Regenwassermanagement - 100 Klimabäume für Dittlofsroda und Schwärzelbach"**

---

**Sachverhalt:**

Wie bereits in der letzten Gemeinderatssitzung vom Bürgermeister informiert, hat mit dem Fördergeber ein Abstimmungsgespräch stattgefunden. Der Gemeinde ist eine Förderung von max. 1.500.000 Euro in Aussicht gestellt. Der Fördersatz entspräche beim Maximalförderungsgrad 90%. Demnach läge der Eigenfinanzierungsanteil der Gemeinde bei rund 167.000 Euro. Es ist zu bestätigen, dass die Gemeinde Willens und in der Lage ist, den Eigenanteil an der Fördermaßnahme zu finanzieren und die Mittel im Bewilligungszeitraum bereitstellen. Seitens des Fördergebers wurde jedoch empfohlen, das Förderprojekt neu zuzuschneiden und sich dabei auf den Ortsteil Dittlofsroda zu konzentrieren. (Ursprünglich sah das Projekt auch Maßnahmen in Schwärzelbach vor und war mit 3 Mio. Euro veranschlagt. Durch die Kürzung der beantragten Förderung auf 1,5 Mio. Euro, ist auch eine Verkleinerung des Projektes notwendig und hier würden sich die geplanten Maßnahmen in Dittlofsroda eher für eine Umsetzung eignen.)

**Finanzielle Auswirkungen:**

Die Haushaltsmittel zur Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von rund 167.000 Euro sind im Haushalt 2022 eingestellt und stehen in voller Höhe zur Verfügung.

**Diskussionsverlauf:**

Aus dem Gemeinderat wird die Frage gestellt, was bei der Maßnahme genau umgesetzt werden soll und was hier Kosten von 1,7 Millionen € verursacht. Bürgermeister Atzmüller umreißt daraufhin grob die Maßnahme. Hinter der Wohnbausiedlung Gerstenberg in Dittlofsroda soll Grund erworben werden, um dort einen Grünstreifen als Naturlehrpfad mit Streuobstwiese anzulegen. Dieser Streifen soll als Pufferzone zwi-

schen Wohnhäusern und den Flächen der Landwirtschaft dienen. Dabei sollen auch verschiedene Gräben zur Ableitung von Oberflächenwasser, ein Oberflächenkanal zur Ableitung des Oberflächenwassers in den Steinbach sowie Rückhalte- und Retentionsflächen für Regenwasser nach Starkregenereignissen/Sturzfluten geschaffen werden. Ziel sei es, einen gewissen Hochwasserschutz zu erreichen und auf der anderen Seite Regenwasser für Trockenzeiten nutzbar zu machen.

Christina Dollinger bedauert, dass die im Zuge der Fördermaßnahme angedachten Maßnahmen in Schwärzelbach nun nicht realisiert werden können. Die Argumentation der fördernder sei zwar schlüssig und nachvollziehbar, dennoch fände sie es schade, dass Schwärzelbach hier außen vor bleibe. Bürgermeister Atzmüller weist darauf hin, dass Maßnahmen in Schwärzelbach im Zuge der Umsetzung des angestrebten Sturzflutrisikomanagementkonzepts umgesetzt werden könnten. Die Verwaltung arbeitet derzeit die Ausschreibungsunterlagen hierfür aus. Hierbei sei man auf die Hilfe der Jagdgenossenschaften angewiesen, da für jede Gemarkung die Anzahl der Brücken, Durchlässe und Überfahrten ermittelt werden müsse. Hier werde die Verwaltung in Kürze auf die Jagdgenossenschaften zukommen. Allerdings werde die Umsetzung von Maßnahmen noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da allein für die Erstellung des Konzepts ein Bearbeitungszeitraum von 20 Monaten prognostiziert ist.

Stefan Selbert schlägt vor, den Landwirten in diesem Gebiet eine Entschädigung zu zahlen, wenn sie anstatt konventionellen Maisanbau an dieser Stelle den weit aufwändigeren Maisanbau mit Mulchsaat praktizieren. Hierbei werde weit weniger Oberboden abgeschwemmt als beim konventionellen Maisanbau. Dabei lägen die Entschädigungen für die Landwirte deutlich unter den jetzt angedachten Investitionskosten. Dem wird jedoch entgegengehalten, dass mit dieser Maßnahme die Entwässerung der Siedlung, wie sie heute bei allen Baugebieten üblich ist, nachgeholt werde.

Dennoch werden die Kosten kritisch hinterfragt. Könne gewährleistet werden, dass der Eigenanteil der Gemeinde von 167.000 Euro nicht erheblich ansteige? Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass im Zuge des weiteren Verfahrens vom Ingenieurbüro eine Kostenaufstellung zu erstellen ist. Hier hätte der Gemeinderat jederzeit noch die Möglichkeit Einfluss auf den Umfang der Maßnahme zu nehmen. Das Projektbudget werde vom Gemeinderat festgelegt.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat von Wartmannsroth erklärt, dass die Maßnahme Klimaschutz in urbanen Räumen/ Innovatives Regenwassermanagement und 100 Klimabäume in Dittlofsroda und Schwärzelbach mit Hilfe des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ realisiert werden soll. Das Fördermaßnahmen sollen sich dabei auf den Ortsteil Dittlofsroda konzentrieren. Maßnahmen in Schwärzelbach sollen in diesem Zusammenhang nicht umgesetzt werden.

Die Finanzierung des Eigenanteils der Gemeinde in Höhe von rund 167.000 Euro wird zugesichert. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2022 und im dazugehörigen Finanzplan eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 14 : 0

#### **4. Neufassung des Beschlusses des Gemeinderates vom 25.03.2014 zur Finanzierung einer Begleitperson von Feuerwehrdienstleistenden bei einem Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim in Bayerisch Gmain**

---

##### **Sachverhalt:**

In der Sitzung vom 25.03.2022 hat der Gemeinderat eine Finanzierung des Aufenthalts im Feuerwehrerholungsheim für Begleitpersonen von Feuerwehrdienstleistenden mit 40-jähriger aktiver Dienstzeit beschlossen. Die Beurteilung, ob wirklich eine 40-jährige aktive Dienstzeit vorliegt, obliegt dabei dem Kommandanten. Eine bloße Zugehörigkeit zur Feuerwehr ist nicht ausreichend.

In der Begründung und Fürsprache für eine Förderung wurde auf die Würdigung der Ehepartner und der Familie durch die Beeinträchtigung des Familien-/Ehelebens durch den aktiven Feuerwehrdienst des Partners hingewiesen.

In der Vergangenheit wurde diese Förderung auch nur für Ehe-/Lebenspartner beantragt und übernommen.

In diesem Jahr wurde erstmals ein kostenloser Aufenthalt für eine Begleitperson außerhalb der Familie beantragt. Die Übernahme der Kosten wurde bezugnehmend auf den Gemeinderatsbeschluss abgelehnt. Jedoch war der Feuerwehrdienstleistende mit dieser Entscheidung nicht einverstanden, da im Beschluss nur von einer Begleitperson und nicht von Ehe-/Lebenspartner oder Familienmitglied die Rede ist. Dies wäre eine Diskriminierung all derjenigen, die 40 Jahre aktiven Dienst bei der Feuerwehr geleistet haben aber nicht verheiratet oder liiert sind.

Die Argumentation ist nicht ganz von der Hand zu weisen, auch wenn das Schreiben des Ministers und das Protokoll zu Beschluss etwas anderes implizieren. Auf Nachfrage im Feuerwehrerholungsheim hat man die Auskunft erhalten, dass es nicht unüblich ist, dass auch andere Personen als der/ die (Ehe-)Partner/in die geehrte Person begleiten. Aus diesem Grund müsste der Begriff Begleitperson genauer definiert und neu beschlossen werden.

Bei der Zusammenstellung der Kosten für eine Woche Aufenthalt sind der Verwaltung saisonale Preisunterschiede aufgefallen. In der Regel liegen die Kosten zwischen 260.—€ bis 350.—€. Der Klarheit halber möchte die Verwaltung wissen, ob im Sinne der Gleichbehandlung generell eine Begleitperson frei ist, egal was es kostet oder ob auf einen Festbetrag abgestellt werden soll.

##### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Übernahme der Kosten für eine Begleitperson ist ein Wunsch bzw. eine Empfehlung des Innenministeriums und somit eine freiwillige Leistung. Freiwillige Leistungen müssen in den nächsten Jahren generell auf den Prüfstand gestellt werden. Seit dem Beschluss im Jahr 2014 wurden im Durchschnitt 921,84 Euro/ Jahr für die Finanzierung der Begleitpersonen ausgegeben. Aufgrund der letzten beiden Jahre in der Corona-Pandemie ist jedoch davon auszugehen, dass die Ausgaben im Normalfall höher gelegen hätten. Aktuell hätten 15 Personen Anspruch auf die Leistungen.

##### **Diskussionsverlauf:**

Bürgermeister Atzmüller erklärt, dass es in der heutigen Zeit durchaus angebracht sei den Begriff der Begleitperson nicht auf die Ehefrau zu beschränken. Von daher könne er sich vorstellen, dass es künftig jedem Geehrten freigestellt werde, wer ihn nach Bayerisch Gmain begleitet. Im Hinblick auf die finanzielle Lage der Gemeinde halte er

jedoch die Deckelung des Finanzierungsbetrags für sinnvoll und angemessen. Er schlägt einen Deckelungsbetrag von 260,- Euro vor.

Im Hinblick auf überall steigende Kosten sprechen sich einige Räte jedoch für einen Betrag von 300,- Euro aus.

Sehr kontrovers wird jedoch über die Begleitperson diskutiert. Einige Ratsmitglieder sehen hier ganz klar die Familie, insbesondere die Ehepartnerin/ den Ehepartner im Vordergrund. Diese seien durch den Feuerwehrdienst mit beeinträchtigt gewesen, da sie die Zeiten des Feuerwehrdienstes des Ehemanns abfangen mussten, zum Beispiel für die Betreuung von Kindern oder aber einfach für die entgangene gemeinsame Freizeit.

Andere Ratsmitglieder wiederum argumentieren, dass es auch Alleinstehenden, die 40 Jahre Dienst für die Feuerwehr geleistet haben, möglich sein sollte mit jemandem zusammen in den Urlaub zu fahren und nicht allein fahren zu müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich auch im Hinblick auf Ehepartner Konstellationen ergeben können, die nicht in die vorgenannte Argumentation passen, beispielsweise wenn sich Ehepaare zwischenzeitlich getrennt haben und ein Feuerwehrdienstleistender nun mit seiner neuen Partnerin ins Erholungsheim fährt.

Nachdem sich keine Einigung herauskristallisiert, lässt Bürgermeister Atzmüller zunächst über den weitreichenderen Beschluss abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat möchte weiterhin das aktive Ehrenamt, insbesondere der Feuerwehren, stärken und spricht sich weiterhin für die Mitfinanzierung einer Begleitperson für Feuerwehrdienstleistende nach 40-jähriger aktiver Dienstzeit bei einem Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim in Bayerisch Gmain aus. Feuerwehrdienstleistenden ist es dabei freigestellt, welche Person sie begleitet.

Finanziert werden die tatsächlichen Kosten, maximal jedoch 300,- Euro.

Als freiwillige Leistung der Gemeinde, sind diese Ausgaben bei jeder Haushaltsberatung auf den Prüfstand zu stellen und können nur dann geleistet werden, wenn die Haushaltslage der Gemeinde dies zulässt. Ein Rechtsanspruch auf die Leistung besteht nicht.

#### **Abstimmungsergebnis: 7 : 7**

Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluss nach der Bayerischen Gemeindeordnung als abgelehnt. Zur Gegenprobe lässt der Bürgermeister anschließend auch über den Vorschlag abstimmen, nur die/ den Ehe-/ Lebenspartner(in) als Begleitperson anzuerkennen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat möchte weiterhin das aktive Ehrenamt, insbesondere der Feuerwehren, stärken und spricht sich weiterhin für die Mitfinanzierung einer Begleitperson für Feuerwehrdienstleistende nach 40-jähriger aktiver Dienstzeit bei einem Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim in Bayerisch Gmain aus. Als Begleitpersonen werden ausschließlich Ehe-/ Lebenspartner anerkannt.

Finanziert werden die tatsächlichen Kosten, maximal jedoch 300,- Euro.

Als freiwillige Leistung der Gemeinde, sind diese Ausgaben bei jeder Haushaltsberatung auf den Prüfstand zu stellen und können nur dann geleistet werden, wenn die Haushaltslage der Gemeinde dies zulässt. Ein Rechtsanspruch auf die Leistung besteht nicht.

#### **Abstimmungsergebnis: 7 : 7**

Damit ist auch dieser Beschlussvorschlag abgelehnt.

Die Befürworter des Vorschlags, den Begriff Begleitperson offen zu lassen, geben nochmals verschiedene Konstellationen zu bedenken. Beispielsweise, dass die Ehepartnerin krank sein könnte oder der Feuerwehrdienstleistende bereits verwitwet ist vielleicht sein Kind oder einen Freund mit ins Erholungsheim nehmen möchte, um nicht allein fahren zu müssen. Jedoch zeichnet sich hier nicht ab, dass jemand diesbezüglich von seiner Meinung abrücken möchte.

Auch der Verweis des Geschäftsleiters darauf, dass dann unklar bliebe, wie künftig verfahren werden soll, hat lediglich zur Folge, dass man zumindest über eine Deckelung beschließen wolle. Die letztendliche Entscheidung, wer Begleitperson sein kann, müsse dann halt vertagt werden, bis man im Gemeinderat wieder mit einer ungeraden Teilnehmerzahl tage.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat möchte weiterhin das aktive Ehrenamt, insbesondere der Feuerwehren, stärken und spricht sich weiterhin für die Mitfinanzierung einer Begleitperson für Feuerwehrdienstleistende nach 40-jähriger aktiver Dienstzeit bei einem Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim in Bayerisch Gmain aus.

Finanziert werden die tatsächlichen Kosten, maximal jedoch 300,- Euro.

Als freiwillige Leistung der Gemeinde, sind diese Ausgaben bei jeder Haushaltsberatung auf den Prüfstand zu stellen und können nur dann geleistet werden, wenn die Haushaltslage der Gemeinde dies zulässt. Ein Rechtsanspruch auf die Leistung besteht nicht.

Die Entscheidung darüber, welche Personen künftig als Begleitperson anerkannt werden wird vertagt

#### **Abstimmungsergebnis: 14 : 0**



## **5. Änderung der Ehrenordnung der Gemeinde Wartmannsroth**

---

### **Sachverhalt:**

Seit Juli 2014 gibt es in der Gemeinde eine Ehrenordnung. Hierin ist u.a. geregelt, in welchen Fällen die Gemeinde bei Sterbefällen einen Kranz niederlegt bzw. einen Nachruf veröffentlicht.

Auszug:

### **VI. Totenehrung**

#### **§ 12**

*(1) Beim Tod von ehemaligen Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern, die mehr als zwölf Jahre dem Gemeinderat angehörten, sowie Gemeindebediensteten, die bis zu ihrem Ruhestand bei der Gemeinde beschäftigt waren, hat durch die Gemeinde Wartmannsroth eine Kranzniederlegung mit Abschiedsgruß zu erfolgen. Ein Gruß ist nicht unbedingt erforderlich bei auswärtigen Bestattungen. Dies wird in die Entscheidungsfreiheit des Bürgermeisters gelegt. Für den amtierenden Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, die aktuell dem Gemeinderat bzw. der Gemeindeverwaltung angehören gilt Satz 1 entsprechend. Ein Nachruf durch die Gemeinde erfolgt bei ehemaligen Gemeinderatsmitgliedern und Gemeindebediensteten nur dann, wenn der Tod bis zum Ablauf von 6 Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat bzw. dem Eintritt in den Ruhestand eintritt.*

*(2) Für Ehrenbürger und Inhaber der Bürgermedaille gelten die Sätze 1 bis 3 des Absatzes 1 entsprechend.*

Die Verwaltung hält diese Regelung für zu restriktiv und dem vorausgegangenen kommunalen, ehrenamtlichen Engagement nicht angemessen genug.

Beispielfälle, die nicht von der Ehrenordnung erfasst sind:

- Keine Ehrung für Bürgermeister/Gemeinderatsmitglied mit 12 Jahren Amtszeit.
- Keine Ehrung für Bediensteten mit 40 Jahren Dienstzeit bei der Gemeinde aber schon seit 7 Jahren im Ruhestand
- Nur optional Ehrung für Gemeinderatsmitglied mit 18 Jahren Amtszeit aber Bestattung außerhalb der Gemeinde

Aus diesem Grund wurde auch in der Praxis schon anders gehandelt. Der Beschlussvorschlag sieht deutlich weitreichendere Regelungen vor. Allerdings kann auch z.B. über eine Verlängerung der Frist nach Absatz 1 Satz 5 (6 Jahre nach Ausscheiden) nachgedacht werden.

Ziel des Vorschlags der Verwaltung ist es, langjähriges Engagement für die Gemeinde in angemessenem Maße zu würdigen und weniger davon abhängig zu machen wie lang dieses Engagement her ist.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Durch eine Lockerung der Regelungen würden die Ausgaben für Totenehrungen etwas höher ausfallen, jedoch lediglich im niedrigen dreistelligen Bereich.

**Diskussionsverlauf:**

Der Gemeinderat hält die Argumentation der Verwaltung für schlüssig und schließt sich ihr an.

**Beschluss:**

§ 12 der Ehrenordnung der Gemeinde Wartmannsroth wird wie folgt geändert:

*(1) Beim Tod von ehemaligen Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern, die mehr als 6 Jahre dem Gemeinderat angehörten, sowie Gemeindebediensteten, die bis zu ihrem Ruhestand bei der Gemeinde beschäftigt waren, hat durch die Gemeinde Wartmannsroth eine Kranzniederlegung oder eine Trauerschalenablage mit Abschiedsgruß sowie ein Nachruf zu erfolgen. Ein Gruß ist nicht unbedingt erforderlich bei auswärtigen Bestattungen. Dies wird in die Entscheidungsfreiheit des Bürgermeisters gelegt. Im Falle des Verzichts auf eine persönliche Verabschiedung, hat auf jeden Fall ein Kondolenzschreiben an die Angehörigen zu erfolgen. Für den amtierenden Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, die aktuell dem Gemeinderat bzw. der Gemeindeverwaltung angehören gilt Satz 1 entsprechend.*

*(2) Für Ehrenbürger und Inhaber der Bürgermedaille gelten die Sätze 1 bis 3 des Absatzes 1 entsprechend.*

*(3) Im Einzelfall obliegt es dem ersten Bürgermeister von diesen Regelungen abzuweichen.*

**Abstimmungsergebnis:** 14 : 0

## **6. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters**

---

**Sachverhalt:**

Lindenplatz Schwärzelbach: Laut der Baufirma soll das Projekt in ca. 3 Wochen weitestgehend abgeschlossen sein.

Hierzu kommt die Frage aus dem Gemeinderat, ob Beschwerden aus der Bevölkerung, dass hier kein Gehweg geschaffen wurde, bereits an die Verwaltung herangetragen wurden. Bürgermeister Atzmüller antwortet, dass ein Bürger dies ihm gegenüber während der letzten Baubesprechung vor Ort kundgetan habe. Daraufhin habe er den Bürger darauf hingewiesen, dass die Planung mehrfach in Arbeitskreisen und Gemeinderatssitzungen vorgestellt worden sei. An dieser Stelle hätte jeder Bürger seine Ideen einbringen können. Er habe den Beschwerdeführer eingeladen, sich künftig beim Arbeitskreis für das Sportplatzgelände aktiv mit seinen Ideen einzubringen.

Gemeinderatssitzung am 23.06.2022 im Sportheim Schwärzelbach: Hier soll durch Valtin Dietz die aktuelle Planung für das Sportheim-Umfeld vorgestellt und gemeinsam mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft und Interessierten das Projekt diskutiert werden.

## **7. Verschiedenes**

---

### **Sachverhalt:**

Die Wappenentwürfe für Heiligkreuz, Heckmühle und Neuwirtaus sind mittlerweile von einer Grafikerin aufbereitet worden. Aus mehreren Vorschlägen wählt der Gemeinderat pro Ortsteil jeweils zwei Entwürfe aus, die den Bürgern demnächst vorgestellt werden sollen.

Um 20:45 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Die TOPs 8 und 9 werden nichtöffentliche behandelt.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

### **Gemeinde Wartmannsroth**

Vorsitzender

---

Florian Atzmüller  
Erster Bürgermeister

---

Daniel Görke  
Schriftführer